Forum 2020 · 35:360
<https://doi.org/10.1007/s12312-020-00851-7>

© Springer Medizin Verlag GmbH, ein Teil von
 Springer Nature 2020

Thomas Seufferlein

Klinik für Innere Medizin I, Universitätsklinikum Ulm, Ulm, Deutschland

Finanzierungslücke in der Krebsberatung

Auch sieben Monate nach dem Start der COVID-19-Pandemie beherrschen das Corona-Virus und seine Folgen die öffentlichen Diskussionen in Deutschland. Andere Nachrichten aus dem Gesundheitswesen haben es vor diesem Hintergrund schwer, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Zum Beispiel die Meldung, dass die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) seit Juli 2020 rückwirkend zum Jahresanfang 40 % der Kosten der in der Krebsberatung anfallenden Beratungsleistungen erstattet, sofern sie bestimmte, vom GKV-Spitzenverband festgelegten Förderkriterien erfüllen. So weit, so gut. Erst bei genauerem Hinsehen offenbart sich der Haken dieser an sich begrüßenswerten Nachricht. Denn nach der neuen Regelung werden Beratungen nur erstattet, wenn sie psychische Belastungen betreffen. Kosten für eine umfangreiche Beratung, die auch eine sozialrechtliche Unterstützung ermöglicht, sind hingegen nicht gedeckt.

Derzeit erkranken in Deutschland mehr als 500.000 Menschen neu an Krebs, insgesamt leben in Deutschland schätzungsweise mehr als 3 Mio. Menschen mit einer Krebsdiagnose. Für ihre Lebensqualität zählt nicht nur eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Etwa ein Drittel aller Krebsbetroffenen leidet unter einer psychischen Belastung; 40 % kämpfen mit sozial-

rechtlichen Problemen, Hindernissen bei der Rückkehr in den Beruf oder finanziellen Einschränkungen. Psychische Belastungen und Existenzsorgen bedingen sich oft gegenseitig – Ratsuchende sollten daher, wenn nötig, nicht nur eine psychologische, sondern auch eine sozialrechtliche Beratung in Anspruch nehmen können. Der psychosoziale Beratungsbedarf von Krebspatient*innen ist wissenschaftlich belegt. Um ihn zu decken, fordert der Nationale Krebsplan einen möglichst niederschweligen Zugang zur ambulanten Krebsberatung.

Deutlich erschwert wurde die Umsetzung dieser Forderung bislang durch das Fehlen einer nachhaltigen Finanzierung. Ambulante Krebsberatungsstellen arbeiten derzeit meist auf der Basis von Spenden oder befristeten Projektmitteln. 150 bis 160 solcher Stellen gibt es mittlerweile in Deutschland, allein die 124 Beratungsstellen der Landeskrebsgesellschaften haben 2019 knapp 60.000 Beratungsgespräche geführt. Doch die Unterfinanzierung macht es schwer, eine am Bedarf ausgerichtete umfassende psychosoziale Beratungsleistung anzubieten. Fachleute schätzen etwa, dass in Deutschland doppelt so viele Beratungsstellen benötigt würden, um die Versorgung zu gewährleisten. Hier gibt es also ein großes Defizit.

Der Einstieg der GKV in eine Finanzierung der ambulanten Krebsberatung ist begrüßenswert. Sinnvoll wäre darüber hinaus eine finanzielle Unterstützung durch die Rentenversicherung. So könnten auch die Kosten für eine sozialrechtliche Beratung gedeckt werden. Erste Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), wie die ausstehende Finanzierung dieses Teil der ambulanten Krebsberatung gedeckt

werden kann, haben bereits stattgefunden – bislang allerdings ohne konkrete Schritte. Es bleibt zu wünschen, dass sowohl das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als auch die Länder, trotz COVID19 und dem beginnenden Bundestagswahlkampf, möglichst bald die Initiative ergreifen, um diese Finanzierungslücke zu füllen. Denn sonst droht die Schließung einiger Beratungsstellen – das ursprüngliche Ziel, ein flächendeckender niederschwelliger Zugang zur ambulanten Krebsberatung in Deutschland, wäre so kaum realisierbar.

Ihr Thomas Seufferlein
 Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft

Korrespondenzadresse

Prof. Dr. Thomas Seufferlein
 Klinik für Innere Medizin I, Universitätsklinikum Ulm
 Ulm
 Albert-Einstein-Allee 23, 89081 Ulm, Deutschland
Thomas.seufferlein@uniklinik-ulm.de

Interessenkonflikt. T. Seufferlein gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

• Autor

Prof. Dr. Thomas Seufferlein
 Universitätsklinikum Ulm, Ulm